

Montag der 11. September zum Frühjournal begrüßt sie Konstantin Hahn. Guten Morgen. Das sind die Themen. Marokko nimmt nach dem schweren Erdbeben erste Hilfsangebote aus dem Ausland an. Der spanische Fußballverband Chef Rubiales tritt jetzt doch zurück. Die militärischen Spannungen zwischen Armenien und Aserbaidschan nehmen wieder zu. Und die höhere

Zuverdienstgrenze für geflüchtete Ukrainerinnen ist in vier Bundesländern immer noch nicht umgesetzt. So nichts aber zu den Wetteraussichten mit Konterschula.

Weiterhin Sommer in Österreich. Größten Teil scheint auch heute den ganzen Tag die Sonne. Nur in manchen Regionen hält sich in den nächsten Stunden Nebel oder Hochnebel. Ab dem mittleren

Nachmittag können im Müll und Waldviertel, sowie am Alpenhauptkammer und in den Nordalpen Quellwolken entstehen. Auch sind zwischen dem Arnelberg und dem Totengebirge kurze Schauer gewitter möglich. Zeitweise leichter, bismäßiger Wind aus Ost bis Süd und die Höchstwerte 25 bis 32 Grad in 2000 Meter 18 bis 22. Zurzeit hat es in Wien zwischen 13 Grad herunter in der Westeinfahrt und 19 Grad oben auf der Jubiläumswarte, Eisenstadt und St. Pölten 15 Grad, Linz 17, Salzburg 16, Innsbruck 18, Prag 17 Grad, 13 und Klagenfurt 14 Grad. Und an der Station Leiserberg jetzt sogar 21 Grad. In Schwarzau im Freiwald hingegen nur 5 Grad.

Nach dem schweren Erdbeben in Marokko sind die ersten ausländischen Helfer im Land eingetroffen.

Bei dem Beben sind nach letzten Angaben mindestens 2.100 Menschen ums Leben gekommen. Wo erst hat

Marokko die Hilfsangebote aus vier Ländern angenommen. Markus Müller berichtet.

Helfer aus Spanien den Vereinigten Arabischen Emiraten, Großbritannien und Katar sollen die Rettungsmaßnahmen nach dem Beben unterstützen. Das haben die marokkanischen Behörden am Abend

bekannt gegeben. Lieferungen von Material soll es auch aus anderen Ländern geben.

Da schwert worden sind die Suche und Aufräumarbeit am Abend von einem Nachbeben. Viele Orte im

Atlasgebirge, südlich der Stadt Marrakesch, wo das Epizentrum des Bebens am Freitagabend war, sind nach wie vor kaum erreichbar. Die Rettungskräfte setzen Drohnen ein, um in dem unwegsamen Gebiet nach Überlebenden zu suchen. Auch Österreich hat am Wochenende Hilfe für Marokko zugesagt. Nach Angaben des Außenministeriums in Wien liegen bis jetzt keine Informationen vor, dass auch Österreich unter den Opfern des Bebens sein könnten.

Der spanische Fußballverbandchef Luis Rubial tritt nun doch zurück. Er war massiv in die Kritik geraten, weil er nach dem WM-Sieg des spanischen Frauen-Nationalteams die Spielerin Jennifer Hermoso auf den Mund geküsst hatte. Mehr von Volker Obermeier.

Luis Rubial hat gestern den Verband schriftlich über seinen Rücktritt informiert. Bestätigt hat er den Schritt am Abend in einem Interview mit einem englischen TV-Journalisten. Er könne seine Arbeit

nicht mehr fachsetzen.

Gehen mit der Spanier auch als Vizepräsident der UEFA. In den vergangenen Tagen war der Drucker Rubial es immer größer geworden. Der Weltverband FIFA hat den suspendiert, die Nationalspielerinnen haben einen Streik angekündigt und die geküsste Kickerin Jennifer Hermoso hatte Anzeige erstattet. Seit der vergangenen Woche liegt eine Klage der Staatsanwaltschaft

beim obersten Gerichtshof. Es geht um sexuelle Nötigung.

Am Südkaukasus nehmen die Spannungen um die umkämpfte Region Berg-Karabach wieder zu. Armenien wirft also bei Txan einen Truppenaufmarsch rund um Berg-Karabach und entlang der Grenze

der beiden Länder vor. Heute wollen die armenischen Streitkräfte eine mehrtägige Militärübung mit US-Soldaten beginnen, berichtet unsere Korrespondentin Miriam Bella.

Es ist ein vergleichsweise kleines Manöver, das das armenische Militär gemeinsam mit den USA in den nächsten neun Tagen in der armenischen Hauptstadt Jerevan durchführen will. Nur 85 US-amerikanische und 175 armenische Soldaten sollen an den Übungen teilnehmen. Trotzdem ist die symbolische Bedeutung groß. Denn bisher war Jerevan in Sicherheitsfragen massiv von Russland abhängig. Doch die Frustration über den alten Partner nimmt in Jerevan immer mehr zu. Denn trotz der Präsenz von russischen Friedenstruppen hat sich die Situation in der umkämpften Region Berg-Karabach einmal mehr massiv zugespitzt. Der Lajin-Korridor, die einzige Verbindung zwischen Berg-Karabach und Armenien, wird seit Dezember durch Azerbaijan

blockiert. Die humanitäre Lage in der Region verschlechtert sich deshalb stetig.

Damit nach Österreich knapp 18.000 Ukrainerinnen und Ukrainer haben mittlerweile hierzulande Arbeit gefunden. Doch es könnten mehr sein, sagt das Arbeitsmarkt-Service. Ein Hindernis ist laut AMS nach wie vor die Zuverdienstgrenze zur Grundversorgung. Bund und Länder haben sich schon im vergangenen Herbst auf eine Erhöhung für vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer geeinigt. Für Bundesländer haben diese Entscheidung aber nach wie vor nicht umgesetzt. Max Nikols mit den Einzelheiten. Vor fast einem Jahr hat sich der Bund mit den Ländern auf eine Erhöhung der Zuverdienstgrenze für vertriebene Ukrainerinnen und Ukrainer in der Grundversorgung geeinigt. Doch einige Bundesländer haben die Regelung, trotz Zustimmung nach wie vor nicht umgesetzt, kritisiert AMS-Vorstand Johannes Kopf.

Es gibt eine politische Einigung bezüglich des Zuverdienstes und diese Regelung ist in mehreren Bundesländern einfach noch immer nicht umgesetzt. Das heißt, da gibt es noch immer Menschen, die, wenn sie Arbeit aufnehmen, einen Teilzeitjob, weil sie eben sonst Kinderbedarungspflichten

haben, die dann ihre Grundversorgung verlieren. Das ist unsinnig, das gehört endlich umgesetzt. Laut der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen fehlt die Umsetzung in Niederösterreich, Kärnten, Salzburg und Tirol. In den anderen Bundesländern können Ukrainerinnen und Ukrainer deutlich mehr hinzuverdienen.

Wie vor Chef Fabryl Gappel-Felbermeyer spricht sich vor den anstehenden Lohnverhandlungen erneut dagegen aus, die sogenannte rollierende Inflation als Basis für die Gehaltsforderungen heranzuziehen, wie es etwa bei den Pensionserhöhungen der Fall ist. Die rollierende Inflation liegt derzeit bei 9,6% und berechnet sich aus der Teuerungsrate der vergangenen 12 Monate. Stattdessen sollten sich die Sozialpartner bei den Verhandlungen an der aktuellen Inflationsrate orientieren, sagt Felbermeyer.

Die tatsächliche Inflation liegt aber bei 7,5%. Wenn man jetzt mit Lohnerhöhungen, die sich an diesen 9,6 orientieren, reingehend, dann ist das sozusagen in das fallende Messer einer kollabierenden Konjunktur hinein. Das ist ein Problem. Darum wäre uns eigentlich lieber, wenn man die Lohnerhöhungen näher an der aktuellen Inflationsentwicklung hätte. Man muss wahrscheinlich schon ein bisschen darüber nachdenken, wie man mit solchen

Hochinflationsphasen

auch in der Lohnpolitik umgeht.

So wie vor Chef Gabriel Felbermeyer am Abend in der ORF-Sendung im Zentrum. Im Fall der ehemaligen IS-Sanhängerin Maria G. aus Salzburg, die seit Jahren mit zwei kleinen Kindern in einem kurdischen Gefangenenlager in Nordsyrien fest sitzt, muss das Außenministerium jetzt neu über eine Rückholung entscheiden. Das hat das Bundesverwaltungsgericht nach einer Beschwerde der Familie entschieden, Jürgen Pettinger berichtet.

Die Chancen vor Gericht recht zu bekommen stehen gut, weil andere EU-Staaten ihre Angehörigen auch laufen zu Rückholen, sagt Maria Havelker Rechtsanwältin der Familie.

Da muss man dazu auch sagen, dass es sogar von den kurdischen Defaktenbehörden seit Jahren die Aufforderung an die Heimatländer gibt, ihre Staatsbürger zurückzuholen.

Österreich hat zuletzt nur Kinder zurückgeholt, ohne deren Mütter. Für die Anwältin ein klarer Verstoß gegen das Kindeswohl. Maria G.'s Kinder, fünf und sieben Jahre alt kennen nichts anderes als das Gefangenenlager, schildert ihre Großmutter aus Salzburg.

Die wissen eigentlich gar nicht, was ein freies Leben ist. Überab der Klaren, da ist nicht ein Jahr in so ein Camp-Kammer, der Große mit drei Jahren, die kennen eigentlich gar nicht, was wirklich Kindergericht wäre. Zwei Monate hat das Außenministerium Zeit neu zu entscheiden. Sollte es wiedernein heißen, will die Familie die Rückholung vor Gericht erkämpfen. In Vorarlberg fällt heute die Vorentscheidung

über die umstrittene Erweiterung des größten Einkaufszentrums im Land. Fast alle Vorarlberger Gemeinden sind wegen des Absehbar Kaufkraftabflusses gegen die Erweiterung des Messepark Dornbären.

Die Landespolitik steht unter dem Druck von zwei Seiten, den Gemeinden auf der einen und der Wirtschaft auf der anderen. Mehr von Stefan Kappacher.

Spar will es jetzt wissen. Einmalige und letzte Chance dünter Konzern. Es geht um 300 Jobs, der Landeshauptmann hat verstanden. Ein Investor, der über 100 Millionen Euro investieren will, verdient es auch, dass dieses Projekt ganz genau angeschaut wird.

Sagt Markus Wallner. Der ÖVP-Landeschef hat auf der anderen Seite eine nahezu geschlossene Bürgermeister Fallangs gegen sich. Güto Flatz spricht für 24 Prägenzer Waldgemeinden.

Da gibt es tatsächlich Ängste und Befürchtungen, dass die umliegenden Gemeinden aber auch die Talschafen in Vorarlberg ausbluten könnten. Von 46 Stellungnahmen zur Verordnung sind praktisch alle negativ. Das Vorhaben widerspreche den Raumplanungszielen Eklatanz oder Tenor. Heute entscheidet der Raumplanungsbeirat, der Landeshauptmann, wie sich an das Ergebnis halten.

Der Ausgang dieses Greiftemessens zwischen Dörfern und Konzern ist offen.

Und heute beginnt auch in West- und Südösterreich wieder die Schule. Eine Woche nach dem Ende der Sommerferien in Ostösterreich geht auch für 650.000 Schülerinnen und Schüler in Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg, der Steiermark und Kärnten der Unterricht wieder los. Das war das Frühjournal. Jetzt ist es gleich zehn nach sechs.

Guten Morgen mit Ö1.

Einen schönen Montagmorgen. Raphael Sass begleitet sie heute durch die Sendung. Techniker Alexander

Schienold und ich starten mit Ihnen in eine neue Woche und los geht's mit einem Stück von Jean-Philippe Ramot.